

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	36. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	26.06.2012 1109 17 öffentlich Dez. 5
KAL-Gemeinderatsfraktion vom: 10.05.2012 eingegangen: 10.05.2012		
Beitritt der Stadt Karlsruhe zum Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt"		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung würde aus fachlicher Sicht grundsätzlich einen Beitritt begrüßen. Viele der in der Deklaration aufgeführten Maßnahmen werden in Karlsruhe bereits praktiziert und würden bei einem Beitritt weder im land- und forstwirtschaftlichen Bereich noch im Bereich der innerstädtischen Grünflächenbewirtschaftung zu einem Mehraufwand führen. Auch im Hinblick auf die Siedlungsflächenentwicklung entstehen hierdurch keine Randbedingungen, die eine zukünftige Stadtentwicklung verhindern würden.

Die Verwaltung wird das Bündnis und die Deklaration im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Naturschutzbeirat näher vorstellen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
1.200 Euro pro Jahr		ja	1.200 Euro pro Jahr		
Haushaltsmittel stehen in voller Höhe zur Verfügung.					
Kontierungsobjekt: PSP-Element:			Kontenart:		
Ergänzende Erläuterungen:					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit		

Für einen Beitritt zum Bündnis sind drei Voraussetzungen zu erfüllen:***Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen"***

Es handelt es sich um freiwillige Selbstverpflichtung, sich als Kommune für den Erhalt der biologischen Vielfalt einzusetzen. Die Deklaration nennt unterschiedliche Themenbereiche und Zielsetzungen, die sich auch in der Bündnissatzung widerspiegeln.

Fast alle der dort genannten Kriterien, z. B. naturnahe Pflege öffentlicher Grünflächen, Förderung umweltverträglicher Land- und Forstwirtschaft, Verbesserung der Gewässermorphologie, werden von den Fachdienststellen teilweise seit langem praktiziert. Ein zusätzlicher finanzieller Pflege- oder Investitionsaufwand ist daher für die Stadtverwaltung nicht ersichtlich, zumal in der Deklaration vorangestellt ist, dass die Kommunen sich "im Rahmen ihrer Möglichkeiten" für dieses Ziel einsetzen.

Auch die derzeit kontroverse Diskussion zur Flächenentwicklung führt mit dem Unterzeichnen der Deklaration nicht zu einer beschränkenden Vorfestlegung, da die "Entwicklung intelligenter städtebaulicher Konzepte mit Integration kompakter Bauweise und wohnumfeldnahe Durchgrünung" sowie "die Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums durch ein Flächenmanagement" ohnehin städtische Praxis ist.

Beitrittsbeschluss des zuständigen kommunalen Gremiums***Unterzeichnung der Beitrittserklärung***

Der jährliche Mitgliedsbeitrag für eine Kommune bis 300.000 Einwohner beträgt 1.200 €. Dieser Beitrag würde aus dem Budget der Dienststelle Umwelt- und Arbeitsschutz entnommen werden.

Die Verwaltung würde aus umweltfachlicher Sicht grundsätzlich einen Beitritt begrüßen.

Die Verwaltung wird das Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e. V." und die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Naturschutzbeirat näher vorstellen.

Beschluss (intern):

1. Vorlage der Stellungnahme an GR am 26.06.2012
2. Auf die Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit und des Naturschutzbeirats (Nach GR-Beschluss)
3. Z. d. A. (Hauptregistratur im Hauptamt)

Dez. 1	
Dez. 4	
Dez. 5	
StKä	
LA	
ZJD	
UA	

Sachbearbeiter: Herr Dr. Hahn

Tel.: 3120

AZ:

(nur für interne Bearbeitung)